



Zubringers schützen. 21 400 Fahrzeuge (Pkw und Lkw) sollen nach Fertigstellung der A 26 auf dem Zubringer unterwegs sein; heute sind es 9000 Fahrzeuge täglich. Das wären „deutlich mehr Fahrzeuge“ als auf der vielbefahrenen B 73 heute.

„Es ist eine Frechheit. Viel hat der Landkreis nicht geändert. Statt des Turbokreisels soll's eine Kreuzung geben – mit bis zu 96 Meter langen Abbiegespuren. Und auch die Höhe der Lärmschutzanlagen wurde verändert, von vier auf drei Meter“, kritisiert BI-Sprecher Felgentreu. Dadurch steigt die Belastung der Anwohner; statt 23 von 77 Wohngebäuden (Planung 2011) wären jetzt sogar 28 Häuser „nicht mehr aktiv“ vor Verkehrslärm geschützt, klagen die Anwohner. Hier wird es allerdings Lärmschutzfenster geben, so Kreisbaurat Hans Hermann Bode. Der hatte eine Gewichtsbeschränkung auf 5,5 Tonnen und ein Nachtfahrverbot für Lkw ins Gespräch gebracht, um den Verkehrslärm zu mindern. Das wurde allerdings von Stadt und Landkreis bereits verworfen, weil Buxtehude auf einen „vollwertigen“ Autobahnanschluss besteht.

Die BI ist überzeugt, dass es an der Kreuzung sowie auf der Harburger Straße und der Spange zu Dauerstau kommen wird. „Der Verkehr wird in Spitzenzeiten, wie bereits heute, zusammenbrechen“, prognostiziert die Bürgerinitiative. Das Unfallrisiko für Autofahrer sowie Fußgänger und Radfahrer werde steigen.

Bei 14 Gebäuden wird der für die menschliche Gesundheit kritische Toleranzwert von 70 dB(A) tagsüber und 60 dB(A) nachts überschritten. Die Anlieger empfinden es als „Schlag ins Gesicht“ und „entlarvend“, dass der Kreis in diesem Zusammenhang lediglich von einem „optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis“ spricht und die „monströsen“ Lärmschutzwände als „straßenräumlich normal“ einstuft. „Nachts werden wir im Obergeschoss nicht mehr bei geöffneten Fenstern schlafen können“, klagt Felgentreu. Hierfür gebe es, wie im Außenbereich, keinen Rechtsanspruch auf Lärmschutz, so die Planer. Hinzu komme, dass Gärten und Häuser durch die Wände verschattet würden.

„Der Ausbau wird Wohngebiet und Straße teilen und Nachbarschaft zerstören“, ergänzt Burkhard Gottschling. Wer auf die andere Seite will, müsste weite Umwege in Kauf nehmen. Er bezweifelt, dass Schall- und Verkehrsberechnungen fundiert sind, zudem fehlten Detailplanungen für die einzelnen Betroffenenheiten.

Kurzum: Die Gesundheit der Anlieger werde durch Lärm und Abgase gefährdet. „Diese Straße macht krank.“ Hinzu käme der erhebliche Wertverlust der Immobilien, drohende Enteignungen und Schäden durch die von den schweren Lkw ausgelösten Erschütterungen. Die Anliegerstraßen, 4,10 bis 4,75 Meter breit, seien für die Feuerwehr und den Begegnungsverkehr zu klein bemessen. Die Müllwagen dürfen laut Planung hier nicht fahren.

Ihr Anwalt Michael Günther, er vertritt 100 Bürger, hält die „fehlerhafte Planung“ für nicht durchsetzbar und „rechtswidrig“.

Die BI trifft sich am Donnerstag, 14. Januar, 19 Uhr, wieder in „Hoyers Eck“.